

## Thema: Finanzmarkt

Luxemburgs Finanzplatz lebt – wie allgemein bekannt – quasi ausschließlich von seinen internationalen Kunden. Dementsprechend stehen auch die Vertreter des Sektors, wie ABBL und ALFI, Freihandel im Prinzip positiv gegenüber. Sowohl die europäische Bankenvereinigung EBF als auch ihr luxemburgisches Pendant sehen die Vorteile eines möglichen Abkommens: „Ein Anpassen der im Moment sehr verschiedenen Finanzmarktregeln auf beiden Seiten des Atlantiks wäre in der Tat vorteilhaft und kostensparend für international agierende Finanzgruppen. Diesen Aspekt hat auch die EBF vor Augen“, sagt Marc Hemmerling (ABBL). Dabei herrscht bei allen Akteuren momentan noch eine große Unsicherheit. Ob der Finanzmarkt – oder welche Bereiche davon – überhaupt Teil von TTIP ist, steht noch nicht endgültig fest. Sollte dies aber der Fall sein, stellen die Vertreter diesseits und jenseits des Atlantiks hohe Anforderungen.

Bisher beharren beide Seiten auf ihrem Standpunkt: Zum einen wollen die USA ihre Regulierung – die aus ihrer Sicht strenger und sicherer ist – verteidigen. Demgegenüber verlangt die EU, dass die US-Regulierungen gelockert werden. Des Weiteren bestehen noch große strukturelle Unterschiede zwischen dem US- und dem EU-Finanzmarkt. „Die USA sind im Wesentlichen ein einheitlich integrierter und reifer Finanzmarkt. In der EU gibt es noch viele rechtliche und administrative Hindernisse. Der Binnenmarkt muss hier noch zusammenwachsen und das braucht Zeit“, betont Hemmerling.

Von einer Einigung auf gemeinsame Regeln ist man im Moment jedoch weit

entfernt. Für die ABBL ist „die Harmonisierung der Finanzregulierung mit Blick auf die aktuelle Verhandlungsposition der USA sehr unrealistisch“. Die Unterschiede werden vor allem in einzelnen Bereichen deutlich: „Hedgefonds unterliegen in den USA zum Beispiel ganz anderen, weniger strengen Regeln. Die europäischen Richtlinien verlangen deutlich mehr Transparenz“, erläutert Antoine Kremer, Vertreter der Association Luxembourgeoise des Fonds d'Investissement (ALFI).

Trotzdem besteht die USA auf ihrer aktuellen Position – aus purer Vorsicht, meint Kremer (ALFI): „Seit der Finanzkrise legen sowohl die Banken als auch die Staaten mehr Wert auf Stabilität und Sicher-

heit.“ In der Vergangenheit hat es bereits Versuche gegeben, mit Reformpaketen wie Basel III für einheitliche Regeln auf den Finanzmärkten zu sorgen. „Die amerikanischen Unternehmen respektieren diese Regelungen jedoch nicht“, beklagte die ABBL beim Hearing in der Chamber. Auf diesem Gebiet kann ein Freihandelsabkommen positive Veränderungen mit sich bringen. Mit einem Freihandelsvertrag könnten Entscheidungen in Zukunft in US-europäischer Zusammenarbeit getroffen werden. Ein Heilsbringer wird der jetzige Vertrag für den Finanzsektor jedoch laut Kremer nicht sein: „TTIP ist keine Lösung für alles“. ♦

Matthias Kirsch

